

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XX/123

Bonn, den 1. Juli 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Die Protestaktion der Studenten</u>	44
	Hoffnung auf Überwindung des Tiefpunktes in der deutschen Hochschul- und Bildungspolitik	
2 - 3	<u>Hessens Junglandwirte haben Vertrauen in die Zukunft</u>	65
	Schülerzahlen an den Landwirtschaftsschulen sind im Steigen	
4	<u>Blank ist blank</u>	50
	Selbstlob einer verkannten Größe ... und das Urteil seiner Parteifreunde	
5	<u>Lästige Grüße aus Pankow</u>	39
	Zonen-Delegation für den Handwerkstag in Bonn	
6	<u>Politik der offenen Tür</u>	49
	Am Beispiel Schweden - Voraussetzungen für Korruption entfallen	

\* \* \*

## Die Protestaktion der Studenten

---

### Hoffnung auf Überwindung des Tiefpunktes in der deutschen Hochschul- und Bildungspolitik

sp - Es ist zu begrüßen, daß die Studenten der deutschen Hochschulen nunmehr selbst auf den Plan treten und öffentlich gegen die defizitären Erscheinungen in der deutschen Bildungs- und Hochschulpolitik demonstrieren. Wir können uns vorstellen, wie lange man bei den Studenten gezögert hat, bevor man sich zu diesem Schritt entschloß. Schließlich gibt es auch unter ihnen nicht wenige, die aus politischen Gründen eher geneigt wären, laute Proteste gegen das Versagen der deutschen Politik auf dem Bildungssektor zu vermeiden. Auch sie haben sich zu der jetzt beginnenden Protestaktion durchgerungen. Ihnen ist bewußt geworden, daß man "höheren Orts" jahrelang berechnete Warnungen und Forderungen mit der Bemerkung abgetan hat, es handele sich hierbei um "jugendlichen Eifer, der die Grenzen des Möglichen nicht sieht".

Auch die Tatsache, daß namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Protestaktion auf der Seite der Studenten stehen, ist ein gutes Zeichen. Wenn es sich bei einigen von ihnen nicht nur um eine Flucht nach vorn handelt, um noch schärfere Proteste in "gesitteten Bahnen" zu leiten, kann sich aus der nunmehr entstehenden Gemeinschaft junger und älterer Akademiker der schon seit langer Zeit fällige Druck auf diejenigen ausüben, die seit eineinhalb Jahrzehnten die politische Macht in der Bundesrepublik innehaben.

Für die Sozialdemokratie sind die Forderungen der Studenten weder neu noch fremd. Auf dem SPD-Parteitag 1956 in München wurde auf Anregung des damaligen bayerischen SPD-Landesvorsitzenden Waldemar von Knoeringen - jetzt Mitglied der sozialdemokratischen Regierungsmannschaft - jener berühmte "Antrag 100" einstimmig angenommen, der in den wesentlichen Punkten mit Anregungen und Forderungen identisch ist, die jetzt von der deutschen Studentenschaft proklamiert werden. Vieles von dem, was die Sozialdemokraten damals in ihrem "Antrag 100" zur Bildungs- und Hochschulpolitik sagten, konnte inzwischen in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern in die Tat umgesetzt werden. Manches wurde zum Allgemeingut deutscher Bildungs- und Hochschulpolitik. Mit Freude kann auch festgestellt werden, daß sich die Forderungen der Studenten in den wichtigsten Punkten mit dem Sofortprogramm und den bildungspolitischen Leitsätzen der SPD decken.

Die Situation von heute wäre nicht so bedrückend, wenn man nicht in der ganzen Welt wüßte, wie groß die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik ist und wieviel Milliarden für Zwecke ausgegeben werden, deren Bedeutung für das Wohl der Nation unstritten bleibt. Die Hochschul- und Bildungspolitik jedoch wurde vernachlässigt; sie hinkt beträchtlich hinter den Leistungen anderer Nationen mit ähnlicher Wirtschaftskraft wie jener der Bundesrepublik her.

Wenn jetzt die akademische Jugend selbst in die Arena steigt, knüpft sich daran die Hoffnung, daß der Tiefpunkt der deutschen Hochschul- und Bildungspolitik bald überwunden sein möge.

## Hessens Junglandwirte haben Vertrauen in die Zukunft

---

Schülerzahlen an den Landwirtschaftsschulen sind im Steigen

ap - In fast allen Teilen des Bundesgebietes sind die Schülerzahlen in den Landwirtschaftsschulen stark zurückgegangen; zahlreiche Schulen mußten bereits ganz oder teilweise geschlossen werden. Um so erfreulicher ist es, daß die jungen Bauern in Hessen wieder mehr an ihre Zukunftschancen glauben: Das im November vergangenen Jahres angelaufene Winterhalbjahr 1964/65 des täglichen Fachunterrichtes an den 27 hessischen Landwirtschaftsschulen und an der Weinbauschule in Eltville fand eine erfreuliche Resonanz und eine Steigerung der Schülerzahlen.

1.430 Schüler und Schülerinnen (gegenüber 933 im Winterhalbjahr 1963/64) nahmen ihren Weg in diese Unterrichtsstätten, deren ureigste Aufgabe darin besteht, junge Menschen auf die Leitung eines landwirtschaftlichen Familienbetriebes und dessen Hauswirtschaft gründlich vorzubereiten. An den hessischen Landwirtschaftsschulen ist man bestrebt, die steigende Tendenz der Schülerzahlen und damit die des qualifizierten Nachwuchses zu erhalten. Denn die Ausbildung der Landwirte von morgen bietet heute mehr denn je. Der Landwirt von morgen muß mehr wissen. Das ihm an den Schulen vermittelte Wissen stagniert nicht etwa bei den klar auf der Hand liegenden Themen der Mechanisierung, Technisierung und Rationalisierung, sondern der Unterrichtsstoff führt den Nachwuchs auch über Gebiete des Allgemeinwissens an ein gehobenes Bildungsniveau heran.

In diesem Zusammenhang ist es interessant zu wissen, was Hessens Landwirtschaftsminister Gustav Hacker vor kurzem in seinem "Agrarpolitischen Leitbild" unter anderem sagte:

- \* "In einer Zeit, in der sich die Grundlagen der Landwirtschaft ändern, in der die Landwirtschaft mit einer beispiellosen Anstrengung eine verzögerte Entwicklungsphase überspringt und sich wie die Industrie dem Endzustand der Entwicklung nähert, der gekennzeichnet ist durch einen noch langsamen Fortschritt, in dieser Zeit muß die Gesellschaft klare Vorstellungen entwickeln, wie die Landwirtschaft morgen aussehen soll.
- \* Wenn darüber Einigkeit besteht, daß die Landwirtschaft auch morgen notwendig ist, daß es eine hochmoderne bäuerliche Landwirtschaft sein soll, daß sie nicht nur die Aufgabe be-

- \* sitzt, Nahrungsmittel zu produzieren, sondern auch die Auf-
- \* gaben, Ernährungssicherung zu gewährleisten, mit Quali-
- \* tätsprodukten zur Volksgesundheit beizutragen, die Kulturland-
- \* landschaft und Erholungszonen zu pflegen, eventuell auch
- \* die technische Ausbildungs- und Bildungshilfe den Ent-
- \* wicklungsländern anzubieten, dann muß die Landwirtschaft
- \* heute in die Lage versetzt werden, morgen diese Leistungen
- \* für die Gesellschaft erbringen zu können."

Zur Verwirklichung dieses "Agrarpolitischen Leitbildes sind neben den notwendigen Subventionen gerade die Landwirtschaftsschulen von größter Bedeutung, denn die Landwirtschaft von morgen benötigt nicht nur geschickte Hände, sondern auch weitdenkende und kluge Köpfe.

Zurück zu den letzten Erfolgswerten der hessischen Landwirtschaftsschulen:

- \* Die Unterklassen weisen 84 Prozent mehr Schüler, die
- \* Mädchenklassen 34 Prozent mehr Schülerinnen als im Vor-
- \* jahr auf. Die vier am stärksten besuchten Fachschulen
- \* sind Friedberg mit 76 Schülerinnen und Schülern, Wolf-
- \* hagen mit 64, Hünfeld und Wartburg mit je 63 Schülerin-
- \* nen und Schülern. Auch die beiden Gartenbauschulen und
- \* die beiden Höheren Landbauschulen Hessens sind weiter-
- \* hin gut besucht

\* \* \*

Die erfreuliche Aufwärtsentwicklung zeigt vor allem auch, daß die von den Sozialdemokraten in Hessen seit vielen Jahren verfochtene und in weiten Bereichen schon verwirklichte "Soziale Aufrüstung des Dorfes" das Leben auf dem Lande wieder lebenswerter gemacht hat. Auch deshalb sieht der bäuerliche Nachwuchs, der sich in verstärktem Maße fachlich ausbilden läßt, selbstbewußt und vertrauensvoll in die Zukunft.

### Blank ist blank

Selbstlob einer verkannten Größe  
... und das Urteil seiner Parteifreunde

R - Weil es ihm nur mit Mühe und mit Hilfe einer Los-Entscheidung gelungen ist, noch einmal als Kandidat für den Bundestag nominiert zu werden, hat sich Bundesarbeitsminister Blank in einem Interview im "Deutschen Monatsblatt", Juni 1965, jetzt selbst ein Lob für seine sozialpolitische Mächtigkeit ausgestellt. Da er aber offenbar auch das Gefühl hat, nicht genug getan zu haben, formuliert der noch amtierende Sozialminister und frühere Verteidigungsminister sein Unvermögen wie folgt:

\* "Der in aller Welt anerkannten Modernität unseres Rentensystems ist es so gut wie ausgeschlossen, Vorschläge von umwälzenden Gewicht für die Rentenversicherung zu machen..."

Es stört den Minister nicht, daß er im Laufe der weiteren Aussagen doch einige "Umwälzungen" zusagen muß, weil sie nun einmal von der SPD ins Gespräch gebracht worden sind.

Was die SPD zu der Blank'schen Sozialpolitik zu sagen hat, ist bekannt, es braucht nicht wiederholt zu werden. Was sagt aber Blanks Chef, der bekanntlich für die Richtlinien der Politik verantwortlich ist, zu den Elogen seines Ministers? Das darzutun fällt nicht schwer, denn selbst der Bundeskanzler hat mit seiner Kritik an der Sozialpolitik nicht gespart. Das will immerhin etwas heißen!

Auf dem CDU-Parteitag in Düsseldorf erklärte Erhard:

\* "Unsere Sozialpolitik ist aus ihrer geschichtlichen Entwicklung heraus zu wenig straff und in der Zielsetzung zu wenig bewußt. Damit gerät sie in Gefahr, strukturlos zu werden und Sozialpolitik darf nicht länger als eine Addition oder als fortdauernde Anstückelung von Leistungen verstanden werden; anstelle einer bloßen Häutung muß auch hier eine echte Integration Platz greifen..."

Und weiter; immer noch Bundeskanzler Erhard:

\* "Unsere Aufgabe wird es also sein, die Sozialpolitik von überflüssigem Gestrüpp zu befreien; das Gefüge unserer Sozialleistungen rationaler, überschaubarer und zugleich für den Bürger effizienter zu gestalten... An dieser Aufgabe arbeitet die Enquête-Kommission, die entsprechend meiner Regierungserklärung im Oktober 1965 eingesetzt und die wertvolle Ergebnisse zu erbringen verspricht..."

Unterdessen sind zwei Jahre ins Land gegangen. Wenn nicht alles täuscht, wird diese Enquête doch noch vor den Wahlen veröffentlicht werden. Aber unterdessen puselt der Herr Minister mit seinen Ministräßen an einem Vorschlag herum, der als CDU-Plan in die deutsche Sozialpolitik eingehen soll. Da es nun laut Herrn Blank keine "umwälzenden Vorschläge von Gewicht" geben kann, muß sich unsere Sozialpolitik weiter bescheiden müssen. Der Bundeskanzler steht mit seinem harten Urteil nicht allein, CDU-Fraktionschef Barzel neigte zu diesem Thema ebenfalls auf dem CDU-Parteitag:

\* "Wir erwarten viel von der Sozialenquete. Ich vermag mich des Eindrucks nicht zu erwehren - das ist ein Eindruck -, daß unser Sozialaufwand noch nicht zur höchstmöglichen Effizienz beim Einzelnen führt, daß die Ergebnisse hier und da widersprüchlich sind... Vielleicht sollten wir den Mut finden, die herkömmliche Vielschichtigkeit unserer Sozialverwaltungen unter die Lupe zu nehmen..."

Wer dann noch gelegentlich die Meinung von anderen CDU-Experten der Sozialpolitik liest, der weiß genau: Blank ist eben blank.

Lästige Grüße aus Pankow

Zonen-Delegation für den Handwerkstag in Bonn

sp. - Lange Zeit waren es nur die Sozialdemokraten auf ihren Parteitag und die Gewerkschaften, die sich zu ihren Kongressen des Zulaufs von Ostzonen-Delegationen zu erwehren hatten. Sie kamen als "Kollegen" oder "Genossen", verlangten Zutritt zu den Tagungen und überbrachten Gruß-Adressen, die sich weniger mit den sachlichen Verhandlungspunkten dieser Tagungen beschäftigten als den Versuch darstellten, im Rahmen der Gruß-Adresse politische Forderungen und Ansichten der Zonen-Machthaber zu vertreten. Bei den Gewerkschaften, wie bei der Sozialdemokratischen Partei, hatte sich schon die Gewohnheit entwickelt, für solche "Gruß-Adressen" jeweils im Foyer des Tagungsorts einen großen Papierkorb aufzustellen, mit der Aufschrift: Für Gruß-Adressen aus der Zone. Dennoch hat diese für Gewerkschaften und Parteien unangenehme Anbieterung häufig zu Kommentaren geführt, in denen man versuchte, den belästigten Organisationen doch eine geistige Verwandtschaft zu den Adressanten zu unterstellen, die letztlich die Ursache solcher Gruß-Adressen sei.

In diesen Tagen hält der Zentralverband des Deutschen Handwerks in Bonn seinen Handwerker-Tag ab, um u.a. Bilanz zu ziehen über die Erfolge der Handwerkepolitik in der abgelaufenen Legislaturperiode des Bundestages und seine Wünsche an den nächsten Bundestag zu formulieren. Auch ihm ist die zweifelhafte Ehre einer Zonen-Delegation zuteil geworden. Der Präsident der Handwerkskammer in Suhl übersandte mit der Delegation eine handwerklich gefertigte Mappe mit einer Gruß-Adresse. In dieser war von handwerklichen Problemen nichts zu finden; dafür enthielt sie die Aufforderung zu Protestaktionen gegen die Notstandsgesetze, gegen die Aufrüstung der Bundeswehr, gegen die Atombewaffnung, Kriegsketze und was dergleichen bekannte Forderungen und Unterstellungen der Zonen-Machthaber mehr sind.

Auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks hat diese Delegation und die Gruß-Adresse zurückgewiesen. Für künftige ähnliche Fälle wird auch ihm die Gewohnheit zu empfehlen sein, im Foyer des Tagungsorts den bewußten Papierkorb aufzustellen - auch wenn er sich bereit erklärt, jedes fachliche Gespräch über Handwerksfragen auch mit Vertretern der Zone zu führen - denn er kann ähnlicher Belästigungen auch künftig sicher sein. Nur wird man ihm nie unterstellen wollen, seine geistige Verwandtschaft mit dem Zonen-Regime und deren Organisationen könnte der Anlaß für solch unerwünschten Besuch gewesen sein.

+ + +

## Politik der offenen Tür

Am Beispiel Schweden - Voraussetzungen für Korruption entfallen.

Ik - Man kennt die Bestrebungen des Deutschen Bundestages, der Interessenten Herr zu werden, die sich in der Lobby zur Durchsetzung ihrer Wirtschaftsinteressen an die Abgeordneten heranmachen. Man weiß aus mehreren Affären, wohin es führt, wenn Beamte unter dem Einfluß der Lobbyisten Entscheidungen fällen, die nicht durch Gesetze abgedeckt sind. Das alles liefert dann die Schlagzeilen vom Skandal und von der Korruption.

Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, wie in Schweden Gesetze erarbeitet und die Überlegungen der Interessenten ihren Niederschlag in den Gesetzen finden. Das Ganze läßt sich unter dem Stichwort Politik der offenen Tür zusammenfassen. Die Interessentengruppen werden schon frühzeitig an den Verhandlungstisch herangeführt. Ihre Argumente werden sogar mit den Unterlagen der Regierung öffentlich verbreitet. Die Bevölkerung und die Presse kann sehr früh darüber diskutieren. Man einigt sich auf vernünftige Kompromisse. Nichts erfolgt hinter verschlossener Türen. Die Voraussetzungen für Korruption und Lobby-Einflüsse entfallen.

Im Laufe von über 150 Jahren hat man es in Schweden verstanden, einen Verfassungsgrundsatz flexibel zu handhaben und in die Form der modernen Industriegesellschaft zu überführen. Die Verfassung von 1809 besagt: "Ämter und Behörden haben sich bei der Durchführung ihrer Aufgaben die Hände zu reichen." Das sieht heute unter der Ära des sozialdemokratischen Regierungschefs Tage Erlander so aus: Eine neutrale Sachverständigenkommission oder ein Ministerium arbeitet die Vorlage aus. Die Regierung gibt sie sofort der Öffentlichkeit bekannt. Zugleich wird die Vorlage an die zuständigen Behörden, Wirtschaftverbände, Gewerkschaften und andere interessierte Organisationen und Einzelpersonlichkeiten geschickt. Die öffentliche Diskussion setzt ein. Die Stellungnahmen der angeschriebenen Organisationen werden durch die Regierung unmittelbar veröffentlicht. Das alles spielt sich in einem festgelegten Zeitraum ab.

Daneben schaltet dann, wenn die Stellungnahmen vorliegen, die Regierung sogenannte Komitees ein, bei denen hochangesehene Wissenschaftler oft eine Hauptrolle spielen. Zahlreiche Analysen dieser Komitees, so etwa über die Beseitigung der Jugendkriminalität oder die Frage der Rundfunkreklame, haben ihre Runde durch die ganze Welt gemacht.

Erst kürzlich haben die wirtschaftlichen Spitzenverbände Schwedens erklärt, sie hätten sich in den drei Jahrzehnten, da die schwedische Sozialdemokratie regiert, recht gut arrangieren können. Das geschah im Hinblick auf eine jetzt anstehende gesetzliche Fixierung des eingeschlagenen Weges auf der Grundlage der Verfassung von 1809. Bei besonders diffizilen Verhältnissen schaltet sich Tage Erlander mit seinem "Donnerstags-Club" auch persönlich ein. Das ist meist dann der Fall, wenn es um Lohn- und Sozialpolitik geht. Auf seinem Landsitz Harpsund kommen dann Wirtschaftler, Gewerkschaftler und Politiker zu einem offenen Gespräch von Mann zu Mann zusammen und man arrangiert sich, wenn das möglich ist. Diese Unterhaltungen auf Harpsund können deshalb so sachlich geführt werden, weil die Grundlage dafür meist die Gutachten der Komitees und Stellungnahmen der Interessenten sind.